

Die Linke/Liste Solidarität stellt sich vor:



1. Karl-Heinz Schneckenberger, 68, Vermessungsingenieur, Mitglied im Vorstand des Mietervereins, des Vereins „Kunstraum Opelvielen“, des Kunstvereins, Mitglied im BUND, Obst und Gartenbauverein Königstädten. „Politik demokratisieren - Demokratie politisieren!“



2. Brigitte Rücker, 63, Bibliothekarin. Für eine lebenswerte Stadtkultur und Förderung des Fädvetheles. Für die Verbesserung der Frauenrechte und Frauenlebensläufe aller Kulturen.



3. Marcel Beymus, 24, Student und Kulturtreibender, gegen strukturelle Nachteile in allen Bereichen der Gesellschaft und für offene Möglichkeiten der politischen Partizipation aller BürgerInnen.



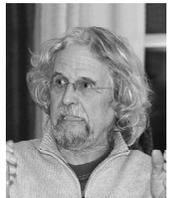
4. Heinz-Jürgen Krug, 64, aktiv bei attac und in der IG Metall. Auch in der Kommunalpolitik setze ich mich ein für eine Gesellschaft, in der die Freiheit des Individuums Voraussetzung für die Freiheit aller ist.



5. Marianne Flörheimer, 57, Dipl. Sozialpädagogin Zuhören, nachdenken, besonnen handeln.



6. Panagiotis Tsianakas, 26, aktiv bei Verdi. Ich setze mich ein, die Zahl der Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst anzuhoben.



7. Michael Flörheimer, 66, Politologe Stadtplanung gehört in seriöse Hände.



8. Dr. Danilo Valeri, 47, Lehrer, 1 Kleinkind: z.Z. „Papa in Vollzeit“. Seit 2005 Mitglied der GEW, seit 2000 der Ital. Gewerkschaft CGIL, seit 1989 aktiv gegen den Krieg. Setze mich seit vielen Jahren für die Einheit der Linken ein.



9. Roman Gasanfar, 26, Student Ich setze mich dafür ein, dass Bildung für jeden unentgeltlich zugänglich ist. Auch setze ich mich für Datenrechte und den freien Informationsfluss ein.



10. Heike Wieland-Reith, 54, Mein Engagement gilt besonders der Familien- und Frauenpolitik in Rüsselsheim. Hier gilt: Keine Kürzungen im Bildungsbereich. Für die Erhaltung des Rüsselsheimer Frauenzentrums und der Wildwasser-Beratungsstelle



11. Arthur Weger, 63 Lehrer. Für die Überwindung des auf Auslese ausgerichteten gegliederten Schulsystems. Keine Bundeswehrwerbung an Schulen.



12. Petra Giess, 48 Kauffrau für Bürokommunikation, seit 47 Jahren in Rüsselsheim lebend. Meine Intention, mich in Rüsselsheim politisch zu engagieren, ist es, den Bewohner/innen dieser Stadt ein sozialeres Umfeld zu schaffen.



13. Rainer Germeroth, 57, Geschäftsführer. Mitglied bei IG Bauern-Agrar-Umwelt, attac. Mehr Demokratie



14. Wolfgang Becker, 59, Lagerarbeiter. Für mehr politisches Bewusstsein im Öffentlichen und im Privaten; für mehr politisches Handeln im Alltag.



15. Ralf Becker, 54, Berufsschullehrer, Personalrat. Ich setze mich dafür ein, dass Jugendliche eine Perspektive bekommen und Schulsozialarbeit an der Werner-Heisenberg-Schule eingeführt wird.



16. Christian Golka, 66, Lehrer in Pension. Es muss in unserem reichen Land endlich wieder mehr Geld für die Kommunen geben. Wenn Milliarden für Bankstütze gehen, müssen Millionen für die Gemeinden da sein.



17. Rita Ferrara, 51, Hausfrau. Hausarbeit, die Sorge und Pflege von Kindern und älteren Menschen bedarf größerer gesellschaftlicher Anerkennung, neben anderem auch durch Anrechnung auf die Rente.



18. Heinz König, 81, seit 1950 Gewerkschaftsmitglied. Ich trete ein für eine friedliche Welt, in der jeder Mensch die Möglichkeit hat, ein Einkommen zu erzielen, welches ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Lasst uns Wege dorthin global denken und in Rüsselsheim lokal handeln.

Sie möchten mehr über die Linke / Liste Solidarität erfahren?

Das Programm und die aktuellen Erklärungen finden Sie im Internet unter www.liste-solidaritaet.de

Kontaktadresse: Heinz-Jürgen Krug, Dr. Ludwig-Opel-Straße 59, 65428 Rüsselsheim

Für den Ortsbeirat Königstädten kandidieren:

1. Karl-Heinz Schneckenberger



2. Andrea Wagener



3. Burkhard Alpmann



Für ein soziales Rüsselsheim

Liebe Rüsselsheimerinnen, liebe Rüsselsheimer,

2016 finden die Kommunalwahlen vor dem Hintergrund einer Entwicklung statt, die für Viele lange Zeit kaum denkbar schien: Flüchtlingselend, ökonomische und politische Krisen in vielen Teilen Europas, Rechtspopulisten auf dem Vormarsch in Ungarn, Frankreich, Polen und nun auch in Deutschland. Der neoliberale Kapitalismus ist offensichtlich nur noch in der Lage, die von ihm selbst geschaffenen Zustände irgendwie zu verwalten. Rüsselsheim hat seit 2012 einen Oberbürgermeister, der sich bislang wesentlich durch ständig neue Ankündigungen auszeichnete und jetzt - je näher die nächsten Wahltermine rücken - einen hektischen Aktivismus an den Tag legt. Alles für den Hessestag – und dann tschüss! Die Linke/Liste Solidarität ist dem Trend zu Großmannssucht und Abrisswahn, dem Übergehen des Parlaments und der Geringschätzung des in vier Bürgerbegehren demonstrierten Willens, die Dinge vernünftig zu regeln, immer deutlich entgegengetreten. Sachkundig und überlegt, mit dem Blick auf das Notwendige und Machbare haben wir uns eingesetzt für eine Politik, die Rüsselsheim als eine offene und am Gemeinwohl orientierte Stadt versteht – sozial, ökologisch und demokratisch.

Die Linke/Liste Solidarität

bringt die Anliegen der Menschen ins Parlament und unterstützt ihre außerparlamentarischen Aktivitäten.

Die wichtigsten Erfolge:

- Das denkmalgeschützte Opel-Altwerk konnte vor der Zerstörung gerettet werden.
- Das Hallenbad konnte nicht ersatzlos beseitigt werden.
- Die Gerhart-Hauptmann-Schule bleibt erhalten.
- Die Bäume auf dem Marktplatz bleiben auch stehen.
- Die Kita –Gebühren werden nicht erhöht.
- Es gibt mehr Geld für Radwege.

In der Wahlinitiative Die Linke/Liste Solidarität arbeiten aktive GewerkschafterInnen, ehemalige Grüne wie Sozialdemokraten, Mitglieder der Partei Die Linke, MigrantInnen, Mitglieder alternativer Gruppierungen, von attac und Bürgerinitiativen zusammen. Schauen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten an, Sie werden einige kennen.

... und bei der Kreistagswahl **DIE LINKE / Offene Liste** wählen!

Wofür steht Die Linke/Liste Solidarität?

Solidarität

Die Linke/Liste Solidarität steht für ein auf Toleranz und gegenseitigen Respekt beruhendes solidarisches Zusammenleben der Generationen, Geschlechter und Kulturen in Rüsselsheim. Wir treten allen entgegen, die eine Politik betreiben, die Menschen gegeneinander ausspielt, soziale Kälte verbreitet und Fremdenfeindlichkeit schürt.

Demokratie und Stadtentwicklung

Die Linke/Liste Solidarität tritt für mehr Demokratie in der Stadt ein. Auch in Rüsselsheim werden immer mehr Befugnisse von den demokratisch gewählten KommunalpolitikerInnen an die Verwaltung und an „Aufsichtsräte“ von Eigenbetrieben und GmbHs oder an beliebig zusammengesetzte Arbeitskreise abgetreten. Zu oft greift die Stadt auf teure Berater, z.B. von der Bertelsmann-Stiftung zurück. Die in Auftrag gegebenen Gutachten sollen dann in der Regel bereits vorgesehene Entscheidungen zusätzlich legitimieren und als alternativlos erscheinen lassen. Auch die finanzielle Unterversorgung sowie der „Schutzschirmvertrag“ der Stadt Rüsselsheim mit dem Land Hessen schränken Handlungsspielräume ein und beschädigen die kommunale Demokratie.

Einige Fehlentscheidungen der letzten Jahre, wie z.B. die geplante Schließung bzw. der Abriss der Gerhart-Hauptmann-Schule, des Lachebads, der Großsporthalle, großer Teile des Opel-Altwerks, das Fällen einiger Bäume usw. wurden aufgrund des Engagements von Rüsselsheimerinnen und Rüsselsheimern, Unterschriftensammlungen, Bürgerinitiativen und Bürgerbegehren korrigiert.

Die Linke/Liste Solidarität wendet sich seit Jahren gegen das viel zu häufige Hinzuziehen von externen Beratern, Geheimhaltungspraxis und die Verwandlung der Stadtverordnetenversammlung von einem Beratungs- und Kontrollgremium in ein Zustimmungsgremium für den Magistrat.

- Intensive öffentliche Diskussionen vor wichtigen Entscheidungen,
- Stadtteilbeiräte für alle Stadt- und Ortsteile
- und ein eigenes Antragsrecht aller Beiräte an die Stadtverordnetenversammlung sind für uns wichtige und richtige Schritte.

Soziale Stadt

In Rüsselsheim sind seit Jahren ca. 30% der Bevölkerung von Armut betroffen oder bedroht. Zu den Menschen, die auf soziale Hilfen angewiesen sind, gehören auch diejenigen, die für ihre Arbeit nur Armutslöhne erhalten, Kinder und allein erziehende Frauen. Oft genug werden die betroffenen Menschen von der Politik und von den Medien als „Faulenzer“ und „Sozialschmarotzer“ beschimpft. Die Linke/Liste Solidarität wendet sich mit Nachdruck dagegen, dass Leidtragende zu Schuldigen gemacht werden. Die Stadt Rüsselsheim braucht eine soziale Infrastruktur, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Wir lehnen es ab, wichtige Einrichtungen wie Schulen, Theater, Musikschulen und Schwimmbäder zu schließen, bei der Kinder-, Jugend-, Sozial- und Seniorenarbeit und bei den Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu kürzen.



Stattdessen setzen wir uns ein für Erhalt und Ausbau von:

- Kindertagesstätten, Betreuungsschulen, Jugendhäusern, Jugendpflege und Jugendbildungswerk
- Haus der Senioren, Sozialstation, Altenheim und Seniorentreffs
- Schwimmbäder und Sportstätten
- Sozialwohnungen

Für Menschen mit niedrigem Einkommen muss die Nutzung von ÖPNV, RMV und städtischen Einrichtungen ermäßigt oder kostenfrei sein. Die Linke/Liste Solidarität fordert deshalb seit Jahren in Einklang mit sozialen Verbänden und Initiativen die Einführung eines Sozialpasses für Rüsselsheim.

Bildung und Kultur

Bildung und die Teilnahme am kulturellen Leben sind Menschenrechte. Das bedeutet vor allem, dass in den Bildungseinrichtungen die Fähigkeit zur persönlichen Selbstverwirklichung und zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben wachsen muss. Erst an zweiter Stelle steht die Vermittlung von Qualifikationen für den Arbeitsmarkt.

Auch in Rüsselsheim sollte das Schulsystem in Richtung Inklusion entwickelt werden. Das gelingt nur durch längeres gemeinsames Lernen. Die Kinder aus unterschiedlichen sozialen Schichten und verschiedenen Kulturen sollten alle eine Kindertagesstätte und möglichst lange gemeinsam eine integrierte/inklusive Schulform besuchen. Deshalb muss auch Rüsselsheim mehr Geld in Bildung investieren:

- Die Rüsselsheimer Schulen müssen so ausgestattet werden, dass alle Schüler/innen ohne Rücksicht auf ihre soziale Herkunft die gleichen angenehmen Lernbedingungen und gleichen Zugang zu allen Angeboten haben. Das bedeutet auch: kostenlose Schulmaterialien, kostenloses Mittagessen, Unterstützung bei Ausflügen, Klassenfahrten, Museumsbesuchen, etc.
- Die Gerhart-Hauptmann-Schule bleibt erhalten.
- Der Sanierungstau bei Rüsselsheimer Kindertagesstätten muss abgearbeitet und die Arbeit der ErzieherInnen aufgewertet werden.
- An den Schulen müssen Ganztagsangebote und Angebote der Schulsozialarbeit qualitativ verbessert und weiter ausgebaut werden.
- In Kindertagesstätten, Schulen und Weiterbildungseinrichtungen müssen die Angebote zum Erwerb der deutschen Sprache ausgebaut und qualitativ verbessert werden.
- Bildung muss ein öffentliches Gut bleiben. Der Besuch von Kindertagesstätten, und Volkshochschulen muss langfristig kostenfrei werden. Kita- und Volkshochschulgebühren müssen bis zu ihrer vollständigen Abschaffung schrittweise gesenkt werden.
- Namenspatron/in einer Schule können nur Personen sein, die durch ihre demokratische Grundhaltung Vorbild sind. Sophie Opel ist aufgrund ihrer antigewerkschaftlichen also antidemokratischen Grundhaltung als Namenspatronin einer Schule nicht geeignet.

Freie Kulturinitiativen, die Volkshochschule, die Musikschule, Museum, Stadtbücherei und Opelvillen müssen Freiräume gestalten, damit alle Bürgerinnen und Bürger – und nicht nur bestimmte Schichten – ihre sozialen, kommunikativen und ästhetischen Vorstellungen entwickeln und verbreiten können.

Leben in einer umweltfreundlichen Stadt

Die Linke/Liste Solidarität setzt sich für eine sozial-ökologische Stadtentwicklung ein. Ökologische Grenzen wirtschaftlichen und stadtplanerischen Handelns sind vorab zu bedenken, statt Schäden nachträglich abzumildern oder zu beseitigen. Hohen Schadstoffbelastungen, neben Lärm vor allem Fein- und Ultrafeinstaub, wie sie durch Straßen- und Flugverkehr bei uns in besonderem Maße auftreten, stehen Magistrat und Stadtverwaltung viel zu unkritisch gegenüber. Verkehrsberuhigende Maßnahmen haben es schwer in Rüsselsheim. Das muss sich grundlegend ändern.

Auch Rüsselsheim trägt direkte Mitverantwortung für die Klimakrise und ihre Folgen. Statt krampfhaft der alten Autofixertheit unter neuem „hightech“ Mantel zu frönen, ist ein Umdenken hin zu einem anderen Mobilitätsverhalten notwendig. Hier könnte Rüsselsheim in kritischer Reflexion seiner Vergangenheit vorbildlich werden.

- Wir treten dafür ein, dass der Bereich um Marktplatz und Rathaus zügig zu einer verkehrsberuhigten Zone entwickelt wird, in der sich FußgängerInnen, RadfahrerInnen, Busse und motorisierter Individualverkehr langsam und gleichberechtigt die Räume teilen („shared space“).
- Wir setzen uns ebenfalls für verkehrsberuhigende Maßnahmen in Wohngebieten ein, für bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr und den Ausbau des Radwegenetzes für Arbeit, Einkauf und Freizeit.
- Wir unterstützen die Forderungen der BI gegen Flughafenausbau für ein Nachtflugverbot von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr, die Reduzierung der Flugbewegungen von heute 450.000 auf 380.000 im Jahr sowie die Verlegung der derzeitigen Flugroute über Haßloch und Königstädten (sog. Südumfliegung) weiter nach Osten, über unbewohnte Waldgebiete (sog. Nachtroute).

Wer soll das bezahlen?

Trotz Grundsteuerverdoppelung, Abbau bei den Jugend- und Seniorenangeboten, trotz Gebührenerhöhung und gerichtlich erzwungener Mehrzuweisungen durch das Land ist, wie für die große Mehrheit der Städte und Gemeinden, auch für Rüsselsheim die finanzielle Situation weiter durch jährlich wiederkehrende Haushaltsdefizite gekennzeichnet. Rüsselsheim leidet vor allem unter einer Steuerpolitik, die es Unternehmen wie General Motors/Opel gestattet, die Vorteile der kommunalen Infrastruktur zu nutzen, ohne einen angemessenen Beitrag zu ihrer Finanzierung zu leisten. Die Verarmung der Kommunen ist die Kehrseite der explosionsartigen Vermehrung des Reichtums von Wenigen. Die Linke/Liste Solidarität fordert daher eine Neuregelung der Kommunalfinanzierung, die Wiedererhebung der Vermögenssteuer und die Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes. Unabhängig von der Situation auf der Einnahmenseite muss ein sparsamer Umgang mit Steuergeldern selbstverständlich sein. Auch in Rüsselsheim wird immer wieder Geld für sinnlose Gutachten und fragwürdige Projekte, wie das gescheiterte Einkaufszentrum im Opel-Altwerk oder den Hessentag ausgegeben. Dieser Politik werden wir auch in Zukunft Widerstand entgegenzusetzen.

